

**No. 33922**

---

**GERMANY  
and  
LITHUANIA**

**Agreement concerning transfrontier movement of persons  
and goods by road. Signed at Kiel on 19 June 1995**

*Authentic texts: German and Lithuanian.*

*Registered by Germany on 17 July 1997.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
LITUANIE**

**Accord relatif au transport transfrontalier de personnes et de  
marchandises par route. Signé à Kiel le 19 juin 1995**

*Textes authentiques : allemand et lituanien.*

*Enregistré par l'Allemagne le 17 juillet 1997.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK LITAUEN ÜBER DEN GRENZÜBERSCHREITENDEN PERSONEN- UND GÜTERVERKEHR AUF DER STRASSE

---

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Litauen -

in dem Wunsch, den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße zu regeln und zu fördern -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts die Beförderung von Personen und Gütern im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen und im Transit durch diese Staaten durch Unternehmer, die im Hoheitsgebiet ihres Staates zur Ausführung dieser Beförderungen berechtigt sind. Die grenzüberschreitenden Beförderungen erfolgen über die von der jeweiligen Vertragspartei festgelegten Grenzübergangsstellen.

Personenverkehr

Artikel 2

(1) Personenverkehr im Sinne dieses Abkommens ist die Beförderung von Personen und deren Gepäck mit Kraftomnibussen auf eigene Rechnung oder auf Rechnung Dritter sowie mit Personenkraftwagen auf Rechnung Dritter (z. B. Taxen und Mietwagen).

Das gilt auch für Leerfahrten im Zusammenhang mit diesen Verkehrsdiensten.

(2) Als Kraftomnibusse gelten Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Als Personenkraftwagen gelten Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind.

### Artikel 3

(1) Linienverkehr ist die regelmäßige Beförderung von Personen in einer bestimmten Verkehrsverbindung nach im voraus festgelegten und veröffentlichten Fahrplänen, Beförderungsentgelten und -bedingungen, bei denen Fahrgäste an vorher festgelegten Haltestellen ein- und aussteigen können. Dies gilt auch für Verkehre, die wie Linienverkehre durchgeführt werden.

(2) Als Linienverkehr im Sinne dieses Abkommens gilt unabhängig davon, wer den Ablauf der Fahrten bestimmt, auch die regelmäßige Beförderung bestimmter Kategorien von Personen unter Ausschluß anderer Fahrgäste, soweit die Merkmale des Linienverkehrs nach Absatz 1 gegeben sind. Diese Beförderungen, insbesondere die Beförderung von Arbeitnehmern zur Arbeitsstelle und von dort zu ihrem Wohnort, werden als "Sonderformen des Linienverkehrs" bezeichnet.

(3) Linienverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen der Genehmigung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Die Genehmigung wird im gegenseitigen Einvernehmen nach Maßgabe des geltenden Rechts der jeweiligen Vertragspartei erteilt. Die Genehmigung kann für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden.

(4) Änderungen des Linienverlaufes, der Haltestellen, der Fahrpläne, der Beförderungsentgelte und -bedingungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien. Das gleiche gilt für die Einstellung des Betriebes.

(5) Anträge auf Einrichtung eines Linienverkehrs sowie Anträge gemäß Absatz 4 sind bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei einzureichen, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Betriebssitz hat. Die Anträge sind mit einer Stellungnahme der einen Vertragspartei unmittelbar an die andere Vertragspartei zu übersenden.

(6) Die Anträge nach den Absätzen 4 und 5 müssen folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des antragstellenden Unternehmens;
2. Art des Verkehrs;
3. beantragte Genehmigungsdauer;
4. Betriebszeitraum und Zahl der Fahrten (z. B. täglich, wöchentlich);
5. Fahrplan;
6. genaue Linienführung (Haltestellen zum Aufnehmen und Absetzen der Fahrgäste/andere Haltestellen/Grenzübergangsstellen);
7. Länge der Linie in Kilometern: Hinfahrt/Rückfahrt;
8. Länge der Tagesfahrstrecke;
9. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
10. Zahl der Sitzplätze der Kraftomnibusse, die eingesetzt werden sollen;
11. Beförderungsentgelte und -bedingungen (Tarife).

#### Artikel 4

(1) Pendelverkehr ist der Verkehrsdienst, bei dem vorab gebildete Gruppen von Fahrgästen bei mehreren Hin- und Rückfahr-

ten von demselben Ausgangsgebiet zu demselben Zielgebiet befördert werden. Diese Gruppen, die aus Fahrgästen bestehen, die die Hinfahrt zurückgelegt haben, werden bei einer späteren Fahrt zum Ausgangsort zurückgebracht. Unter Ausgangsgebiet und Zielgebiet sind der Ort des Reiseantritts und der Ort des Reiseziels sowie die in einem Umkreis von 50 km gelegenen Orte zu verstehen. Neben der Beförderungsleistung muß die Unterkunft der Reisegruppe mit oder ohne Verpflegung am Zielort und gegebenenfalls während der Reise eingeschlossen sein. Die erste Rückfahrt und die letzte Hinfahrt in der Reihe der Pendelfahrten müssen Leerfahrten sein.

(2) Die Zuordnung eines Verkehrsdienstes zum Pendelverkehr wird nicht dadurch berührt, daß mit Zustimmung der zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei oder der betreffenden Vertragsparteien Reisende abweichend von Absatz 1 die Rückfahrt mit einer anderen Gruppe vornehmen.

(3) Jeder Pendelverkehr bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist unmittelbar an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll sechzig Tage vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(4) Anträge auf Genehmigung eines Pendelverkehrs nach Absatz 3 müssen außer den Angaben nach Artikel 3 Absatz 6 noch die Reisedaten, die Zahl der Fahrten und Angaben über Ort und Hotels oder sonstige Einrichtungen, in denen die Fahrgäste während ihres Aufenthaltes untergebracht werden sollen, sowie über die Dauer des Aufenthaltes enthalten.

(5) Grundsätze über das Genehmigungsverfahren bei Pendelverkehren, Genehmigungsvordrucke und zuständige Behörden werden die Vertragsparteien in der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission vereinbaren.

(6) Bei Pendelverkehren im Sinne des Absatzes 1 führen die Unternehmen eine Fahrgastliste mit, die bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von dessen Grenzbehörden abzustempeln ist.

#### Artikel 5

(1) Gelegenheitsverkehr ist der Verkehr, der nicht Linienverkehr im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 und auch nicht Pendelverkehr im Sinne von Artikel 4 ist.

(2) Gelegenheitsverkehre im Wechsel- oder Transitverkehr bedürfen keiner Genehmigung, wenn es sich handelt

a) um Fahrten, die mit einem Kraftfahrzeug durchgeführt werden, das auf der gesamten Fahrstrecke die gleiche Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt (Rundfahrten mit geschlossenen Türen),

oder

b) um Verkehre, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist (Leerrückfahrten),

oder

c) um Leereinfahrten, um eine Reisegruppe, die zuvor von demselben Unternehmen mit einem Verkehr nach Buchstabe b befördert worden ist, wieder aufzunehmen und an den Ausgangsort zurückzubringen.

(3) Bei Gelegenheitsverkehren dürfen unterwegs Fahrgäste weder aufgenommen noch abgesetzt werden, es sei denn, daß die zuständige Behörde der betreffenden Vertragspartei dies gestattet.

(4) Gelegenheitsverkehre, die nicht den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, bedürfen in jedem Fall der Genehmigung der zuständigen Behörde der jeweils anderen Vertragspartei. Der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung ist über die zuständige Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Sitz hat, an die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei zu richten. Er soll mindestens vier Wochen vor Aufnahme des Verkehrs gestellt werden.

(5) Die Anträge nach Absatz 4 müssen folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname oder Firma sowie vollständige Anschrift des Unternehmens sowie gegebenenfalls des Reiseveranstalters, der den Beförderungsauftrag erteilt hat;
2. Staat, in dem die Reisegruppe gebildet wird;
3. Ausgangs- und Zielort der Fahrt;
4. Fahrtstrecke mit Grenzübergangsstellen;
5. Daten der Hin- und Rückfahrt;
6. Lenk- und Ruhezeiten der Fahrer;
7. amtliche Kennzeichen und Zahl der Sitzplätze der Kraftomnibusse, die eingesetzt werden sollen.

(6) Kontrolldokumente für genehmigungsfreie Gelegenheitsverkehre werden in der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

#### Artikel 6

(1) Nach Artikel 3 Absatz 3, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absätze 3 und 4 erteilte Genehmigungen dürfen nur von dem Unternehmen genutzt werden, dem sie erteilt werden. Sie dürfen weder auf ein anderes Unternehmen übertragen werden noch, im Falle des Gelegenheitsverkehrs, für andere Kraftfahrzeuge als in der Genehmigung angegeben genutzt werden. Im Linienverkehr kann jedoch der Verkehrsunternehmer, dem die Genehmigung erteilt ist, Auftragsunternehmer einsetzen. Diese brauchen in

der Genehmigungsurkunde nicht genannt zu sein, müssen jedoch eine amtliche Ausfertigung dieser Urkunde und den Vertrag, der zwischen den Unternehmen abgeschlossen wurde, oder eine beglaubigte Ausfertigung des Vertrages mit sich führen.

(2) Die nach diesem Abkommen erforderlichen Genehmigungen, Kontrolldokumente oder sonstige Beförderungspapiere sind bei allen in diesem Abkommen geregelten Fahrten im Fahrzeug mitzuführen und auf Verlangen den Vertretern der zuständigen Kontrollbehörden vorzuweisen. Die Kontrolldokumente sind vor Beginn der Fahrt vollständig auszufüllen.

## Güterverkehr

### Artikel 7

Unternehmer des gewerblichen Güterkraftverkehrs bedürfen für Beförderungen aus dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist, in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und umgekehrt sowie im Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei für jede Beförderung einer Genehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei.

### Artikel 8

(1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt. Sie gilt nur für ihn selbst und ist nicht übertragbar.

(2) Eine Genehmigung ist erforderlich für jedes Lastkraftfahrzeug und für jede Zugmaschine. Sie gilt zugleich für den mitgeführten Anhänger oder Sattelanhänger, unabhängig vom Ort seiner Zulassung.

(3) Eine Genehmigung gilt für eine beliebige Anzahl von Fahrten während der in ihr bestimmten Zeit (Zeitgenehmigung) oder



für jeweils eine oder mehrere Hin- und Rückfahrten in dem in der Genehmigung angegebenen Zeitraum (Fahrtgenehmigung).

(4) Beförderungen aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in einen dritten Staat und umgekehrt sind nur zulässig, wenn dabei das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf verkehrsüblichem Weg durchfahren wird. In der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission können nach Überprüfung des Bedarfes Ausnahmen vereinbart werden.

(5) Es ist nicht gestattet, Beförderungen von Gütern zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegenden Orten durchzuführen.

(6) Für Beförderungen nach diesem Abkommen sind Frachtpapiere erforderlich, deren Form dem international üblichen Muster entsprechen muß.

#### Artikel 9

- (1) Einer Genehmigung bedarf nicht die Beförderung von
1. Gegenständen oder Material ausschließlich zur Werbung oder Unterrichtung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut);
  2. Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen;
  3. beschädigten Fahrzeugen (Rückführungen);
  4. Leichen;
  5. Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren zulässiges Gesamtgewicht, einschließlich des Gesamtgewichtes der Anhänger, 6 t oder deren zulässige Nutzlast, einschließlich der Nutzlast der Anhänger, 3,5 t nicht übersteigt;

6. Medikamenten, medizinischen Geräten und Ausrüstungen sowie anderen zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmten Gütern.

(2) Für Beförderungen im Werkverkehr ist eine Genehmigung nach Artikel 7 nicht erforderlich. Bei diesen Beförderungen sind Unterlagen mitzuführen, aus denen hervorgeht, daß es sich um Werkverkehr handelt.

(3) Die nach Artikel 14 gebildete Gemischte Kommission kann weitere Beförderungen von der Genehmigungspflicht ausnehmen.

#### Artikel 10

(1) Die für Unternehmer der Republik Litauen erforderlichen Genehmigungen werden durch das Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland erteilt und vom Ministerium für Verkehr der Republik Litauen oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

(2) Die für Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen werden durch das Ministerium für Verkehr der Republik Litauen erteilt und vom Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland oder von den von ihm beauftragten Behörden ausgegeben.

#### Artikel 11

(1) In der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission wird auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und unter Berücksichtigung des Umfanges des Außenhandels und des Transitverkehrs die erforderliche Anzahl der Genehmigungen, die jeder Vertragspartei jährlich zur Verfügung gestellt werden, vereinbart.

(2) Die vereinbarte Anzahl der Genehmigungen kann im Bedarfsfall nach Maßgabe des Artikels 14 geändert werden.

(3) Inhalt und Form der Genehmigungen werden in der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

### Allgemeine Bestimmungen

#### Artikel 12

Wenn Gewicht oder Abmessungen des Fahrzeuges oder der Ladung die im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zulässigen Grenzwerte überschreiten, ist eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei erforderlich.

#### Artikel 13

(1) Die Unternehmer sind verpflichtet, die in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze und anderen Bestimmungen, die den Straßenverkehr und die Kraftfahrzeuge betreffen, sowie die jeweils geltenden Zoll-, Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen einzuhalten.

(2) Bei schweren oder wiederholten Zuwiderhandlungen eines Unternehmers und seines Fahrpersonals gegen das auf seiten der anderen Vertragspartei geltende Recht und gegen die Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen wurde, eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Aufforderungen an den verantwortlichen Unternehmer, die geltenden Vorschriften einzuhalten (Verwarnung);
- b) vorübergehendes Verbot, Beförderungen im Sinne dieses Abkommens durchzuführen;

- c) Einstellung der Ausgabe von Genehmigungen an den verantwortlichen Unternehmer oder Entzug einer bereits erteilten Genehmigung für den Zeitraum, für den die zuständige Behörde der anderen Vertragspartei den Unternehmer vom Verkehr ausgeschlossen hat.

(3) Die Maßnahme nach Buchstabe b kann auch unmittelbar von der zuständigen Behörde der Vertragspartei ergriffen werden, in deren Hoheitsgebiet die Zuwiderhandlung begangen worden ist.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unterrichten einander nach Maßgabe des Artikels 15 über die getroffenen Maßnahmen.

#### Artikel 14

Vertreter der Vertragsparteien richten eine Gemischte Kommission ein; sie tritt auf Ersuchen einer Vertragspartei zusammen, um die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten. Falls erforderlich, erarbeitet die Gemischte Kommission unter Beteiligung anderer zuständiger Stellen Vorschläge zur Anpassung dieses Abkommens an die Verkehrsentwicklung sowie an geänderte Rechtsvorschriften.

#### Artikel 15

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die Übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Behörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Behörde erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende Recht in bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu lö-

schen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

7. Die Übermittelnde und empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen und übermittelte personenbezogene Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

#### Artikel 16

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, für Beförderungen im Sinne von Artikel 1 den Einsatz von lärm- und schadstoffarmen sowie von Fahrzeugen mit moderner Ausrüstung der fahrzeugtechnischen Sicherheit zu fördern. Die Einzelheiten werden in der nach Artikel 14 gebildeten Gemischten Kommission vereinbart.

#### Artikel 17

Die Vertragsparteien teilen einander die zuständigen Behörden nach den Artikeln 3, 4, 5, 10, 12, 13 und 15 mit.

#### Artikel 18

Dieses Abkommen berührt nicht die Pflichten der Vertragsparteien aus anderen internationalen Übereinkünften, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

#### Artikel 19

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Unterzeichnung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei schriftlich gekündigt werden. Im Fall der Kündigung tritt es sechs Monate nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

#### Artikel 20

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt die Vereinbarung vom 22. Oktober 1992 zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Verkehr der Republik Litauen über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße außer Kraft.

Geschehen zu *Kiel* am *19. Juni 1995*  
in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland:

*Klemm Jochenberg*  
*Manfred Werners*

Für die Regierung  
der Republik Litauen:

*Blaizys*

[LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN]

VOKIETIJOS FEDERACINĖS RESPUBLIKOS VYRIAUSYBĖS IR  
LIETUVOS RESPUBLIKOS VYRIAUSYBĖS SUTARTIS DĖL  
KELEIVIŲ IR KROVINIŲ TARPTAUTINIŲ VEŽIOJIMŲ AUTO-  
MOBILIAIS

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė  
ir  
Lietuvos Respublikos Vyriausybė

norėdamos sureguliuoti ir skatinti keleivių ir krovinių tarptautinius vežiojimus,

**s u s i t a r ė:**

**1 straipsnis**

Ši Sutartis pagal šiuo metu veikiančius vidaus įstatymus reguliuoja keleivių ir krovinių vežiojimus autotransporto priemonėmis tarp Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos bei tranzitinius vežiojimus per abi valstybes, kuriuos vykdo šių Susitariančių Šalių vežėjai, turintys teisę atlikti šiuos vežiojimus savo šalies teritorijoje. Tarptautiniai vežiojimai vykdomi per atitinkamos Susitariančios Šalies nustatytus valstybės sienos perėjimo punktus.

**Keleivių vežiojimai**

**2 straipsnis**

(1) Vadovaujantis šia Sutartimi keleivių vežiojimas yra asmenų ir jų bagažo vežimas keleivinėmis autotransporto priemonėmis savo ar trečiojo sąskaita, taip pat lengvaisiais automobiliais trečiojo sąskaita (pvz., taksi ir nuomuojamoms transporto priemonėms). Tai galioja taip pat kelionei be keleivių, susijusiai su šiomis paslaugomis.

(2) Keleivinė autotransporto priemonė reiškia transporto priemonę, pagamintą ir įrengtą vežti daugiau kaip 9 keleivius (įskaitant vairuotoją). Lengvieji automobiliai reiškia transporto priemonę, pagamintą ir įrengtą vežti ne daugiau kaip 9 keleivius (įskaitant vairuotoją).



### 3 straipsnis

(1) Reguliarūs reisai tai reguliarus keleivių vežiojimas iš anksto nustatytu maršrutu su iš anksto patvirtintais ir paskelbtais tvarkaraščiais, tarifais ir sąlygomis, pagal kurias numatytuose sustojimo punktuose keleiviai gali įlipti ir išlipti. Tai galioja taip pat transportui, kuris dirba kaip reguliarus.

(2) Pagal šią Sutartį, nepriklausomai nuo to, kas nustato kelionių eigą, reguliarūs reisai reiškia taip pat ir reguliarius tam tikrų kategorijų asmenų vežiojimus be kitų keleivių, jei toks vežiojimas atitinka 1 punkte nurodytus reguliarių reisų požymius. Šie vežiojimai, o visų pirma, darbuotojų vežiojimai į darbą ir iš darbo į namus, yra vadinami "ypatinga reguliarių vežiojimų forma".

(3) Reguliariems reisams tarp abiejų Susitariančių Šalių arba tranzitu per jų teritorijas reikia abiejų Susitariančių Šalių kompetentingų įstaigų leidimo. Abiem pusėms susitarus, leidimas išduodamas pagal kiekvienoje Susitariančioje Šalyje galiojančią tvarką. Leidimą galima išduoti iki 5 metų laikotarpiui.

(4) Maršrutui, stotelėms, tvarkaraščiams, tarifams ir kitoms vežiojimo sąlygoms pakeisti reikalingas išankstinis abiejų Susitariančių Šalių kompetentingų įstaigų sutikimas. Tas pats reikalinga ir reisams nutraukti.

(5) Paraiškos dėl reguliaraus vežiojimo maršruto pradėjimo ir paraiškos dėl šio straipsnio 4 punkto yra pateikiamos kompetentingai įstaigai Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje yra vežėjo buveinė. Paraiškos su Susitariančios Šalies pozicija turi būti siunčiamos tiesiogiai kitai Susitariančiai Šaliai.

(6) Paraiškose pagal 4 ir 5 punktus turi būti šie duomenys:

1. Vardas, pavardė arba įmonės pavadinimas, o taip pat paraišką pateikusių įmonės tikslus adresus;
2. Vežiojimų pobūdis;
3. Pageidaujama leidimo vežiojimams trukmė;
4. Eksploatavimo trukmė ir reisų skaičius (pvz., kasdien, kas savaitę);
5. Tvarkaraštis;

6. Tikslus maršrutas (sustojimai, kur išlaipinami ir įlaipinami keleiviai/kiti sustojimai/pasienio punktai);
7. Maršruto linija kilometrais: kelionei ten ir atgal;
8. Dienos maršruto atkarpos ilgis;
9. Vairuotojų vairavimo ir poilsio laikas;
10. Keleivinės autotransporto priemonės, kuri atliks šiuos reisus, sėdimų vietų skaičius;
11. Apmokėjimas už vežimą ir jo sąlygos (tarifai).

#### 4 straipsnis

(1) Švytuokliniai vežiojimai tai paslaugos, kai iš anksto sudarytos keleivių grupės daug kartų vežamos "ten" ir "atgal", vykstant iš to paties išvykimo punkto ir į tą patį galutinį punktą. Sudarytos keleivių grupės nuvežamos, o vėliau yra parvežamos į pradinį punktą. Maršruto pradinis ir galutinis punktai suprantami kaip kelionės pradžios ir kelionės pabaigos punktai, taip pat vietovės 50 km spinduliu. Be vežiojimo paslaugų reikia būtinai numatyti nakvynę keleivių grupei su ar be maitinimo galutiniame punkte ir, reikalui esant, kelionės metu.

Švytuokliniuose vežiojimuose pirmojo grįžtamojo ir paskutiniojo nuvykimo reiso metu keleivinė autotransporto priemonė turi būti be keleivių.

(2) Transporto paslaugos priskiriamos prie švytuoklinių vežiojimų, jei, pritarus suinteresuotos Susitariančios Šalies arba Susitariančių Šalių kompetentingoms įstaigoms, keleiviai, nukrypstant nuo to, kas nurodyta 1 punkte, atgal grįš su kita grupe.

(3) Kiekvienam švytuokliniam vežiojimui reikalingas kitos Susitariančios Šalies kompetentingos įstaigos leidimas. Prašymas leidimui išduoti turi būti adresuojamas tiesiai kitos Susitariančios Šalies kompetentingai įstaigai. Jis turi būti pateiktas 60 dienų prieš pradėdant šiuos reisus.

(4) Paraiškoje dėl leidimo švytuokliniams vežiojimams pagal 3 punktą privalo būti ne tik 3 straipsnio 6 punkte reikalaujami duomenys, bet ir kelionių datos, kelionių skaičius ir informacija apie vietoves, viešbučius ar kitas įstaigas, kur keleiviai viešnagės metu bus apgyvendinti, taip pat viešnagės trukmė.

(5) Leidimų švytuokliniams vežiojimams sistemos principus, leidimų blankus ir atsakingas įstaigas Susitariančios Šalys suderins pagal 14 straipsnį sudarytoje Bendroje Komisijoje.

(6) Vykdamt švytuoklinius vežiojimus pagal 1 punktą turi būti vežamas kelcivių sąrašas, kuris, įvažiuojant į kitos Susitariančios Šalies teritoriją, yra antspauduojamas jos pasienio tarnybos poste.

## 5 straipsnis

(1) Vienkartinis vežimas tai susisiekimas, kuris pagal 3 straipsnio 1 punktą nėra reguliarus ir taip pat pagal 4 straipsnį nėra švytuoklinis.

(2) Vienkartiniam vežimui iš vienos Susitariančios Šalies į kitą Susitariančią Šalį ir atvirkščiai ar tranzitu per jų teritorijas nereikia leidimo, jei:

a) vežama vienu automobiliu, kuriuo visu kelionės maršrutu vežama ta pati kelcivių grupė ir ji parvežama į pradinį punktą (uždarų durų kelionės); arba

b) vežimo eigoje kelciviai nuvežami, o grįžtama be keleivių (tuščia grįžimo kelionė); arba

c) kai vykstama tuščia transporto priemone pasiimti keleivių, kuriuos prieš tai tas pats vežėjas buvo nuvežęs pagal b) papunktį ir pervežti juos į pradinį punktą.

(3) Vežant vienkartiniais reisais pakeliui negalima keleivių nei priimti, nei išlaipinti, nebent, jei tai leistų suinterisuotos Susitariančios Šalies kompetentinga įstaiga.

(4) Vienkartiniam vežimui, neatitinkančiam 2 punkto sąlygų, kiekvienu atveju reikia gauti kitos Susitariančios Šalies kompetentingos įstaigos leidimą. Paraiška leidimui gauti turi būti pateikiama per Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje vežėjas turi būstinę, kompetentingą įstaigą kitos Susitariančios Šalies kompetentingai įstaigai. Ji turi būti pateikta ne vėliau kaip 4 savaitės iki reiso pradžios.

(5) Paraiškose pagal šio straipsnio 4 punktą turi būti:

1. Vardas, pavardė arba įmonė, taip pat tikslus transporto įmonės ar kelionės organizatoriaus, jei toks yra, pateiklusio paraišką, adresas;
2. Valstybė, kurioje sudaroma keleivių grupė;
3. Kelionės pradinis ir galutinis punktai;
4. Kelionės maršrutas su pasienio punktais;

5. Nuvykimo ir grįžimo datos;
6. Vairuotojų vairavimo ir poilsio laikas;
7. Autobusų, kurie atliks tuos reisus, valstybiniai numeriai ir sėdimų vietų skaičius.

(6) Dėl vienkartinio vežimo be leidimo kontrolinių dokumentų susitars pagal 14 straipsnį sudaryta Bendra Komisija.

## 6 straipsnis

(1) Leidimais, išduotais pagal 3 straipsnio 3 punktą, 4 straipsnio 3 punktą, 5 straipsnio 3, 4 punktus gali naudotis tik tie vežėjai, kuriems jie buvo išduoti. Jų negalima perduoti nei kitam vežėjui, nei, vienkartinio vežimo atveju, kitam automobiliui, negu įrašyta leidime. Tačiau reguliaraus maršruto vežėjas, kuriam išduotas leidimas, gali pavesti užsakymą kitam vežėjui. Jo nereikia minėti leidime, tačiau su savimi būtina turėti šio leidimo oficialų egzempliorių ir abiejų vežėjų sutartį arba šios sutarties patvirtintą kopiją.

(2) Leidimai, kontroliniai ar kiti vežiojimo dokumentai, kurie būtini pagal šios Sutarties reikalavimus, turi būti transporto priemonėje, vežiojančioje pagal visus šios Sutarties punktus, ir, pareikalavus, pateikiami kompetentingų kontroliuojančių tarnybų atstovams. Kontroliniai dokumentai tiksliai užpildomi prieš kelionės pradžią.

## Krovinių vežiojimas

### 7 straipsnis

Vežėjas, užsiimantis svetimų krovinių vežiojimo verslu, ir vykstantis iš vienos Susitariančios Šalies teritorijos, kurioje įregistruotas vežiojimą vykdomas automobilis, į kitos Susitariančios Šalies teritoriją ir atvirkščiai, taip pat tranzitu per kitos Susitariančios Šalies teritoriją, privalo gauti tos Susitariančios Šalies kompetentingos įstaigos leidimą kiekvienam vežiojimui.

### 8 straipsnis

- (1) Leidimas išduodamas vežėjui. Jis galioja tik jam ir yra neperduodamas.
- (2) Leidimas reikalingas kiekvienam sunkvežimiui ir kiekvienam vilkikui. Jis galioja ir vežamai priekabai ar puspriekabei, nepriklausomai nuo jų registracijos vietos.
- (3) Leidimas galioja bet kokiam kelionių skaičiui per jame nustatytą laiko tarpą (leidimas tam tikram laikui) arba vienam ar keliems nuvykimo ir grįžimo reisams per leidime numatytą laiką (leidimas reisams).

(4) Vežiojimai iš kitos Susitariančios Šalies teritorijos į trečiąją šalį ar atvirkščiai galimi, jei vežama tranzitu įprastu keliu per teritoriją Susitariančios Šalies, kurioje įregistruota transporto priemonė. Pagal 14 straipsnį sudaryta Bendra Komisija gali, patikrinusi poraikį, susitarti dėl išimčių.

(5) Neleidžiama vežioti krovinius tarp dviejų vietovių, esančių kitos Susitariančios Šalies teritorijoje.

(6) Vežiojant krovinius pagal šią Sutartį reikalingi krovinių lydraščiai, kurių forma privalo atitikti įprastą tarptautinį pavyzdį.

### 9 straipsnis

(1) Leidimo nereikia šiems vežiojimams:

1. Daiktų arba medžiagų, skirtų tik reklamai arba mokymui (pvz.: mugių, parodų eksponatams);
2. Įrangai ir rekvizitui į ir iš teatro, muzikos, kino, sporto ir cirko renginių, taip pat į ir iš radijo, kino bei televizijos įrašų ;
3. Sugedusiems automobiliams pargabenti (atgalinis vežimas);
4. Mirusiųjų palaikų;
5. Krovinius vežamus kroviniais automobiliais, kurių leidžiamas bendras svoris, įskaitant ir bendrą priekabos svorį, neviršija 6 t arba, kurių leidžiamas naudingas krovinio svoris, įskaitant naudingą priekabos svorį, neviršija 3,5 t.
6. Vaistų, medicinos prietaisų ir įrengimų, o taip pat ir kitų humanitarinei pagalbai skubiais nelaimės atvejais skirtų daiktų (ypač stichinių nelaimių metu).

(2) Gamykliniams vežiojimams pagal 7 straipsnį nereikia leidimo. Vykdamas gamyklinius vežiojimus su savimi reikia turėti dokumentus, patvirtinančius, kad tai yra gamyklinis vežiojimas.

(3) Pagal 14 straipsnį sudaryta Bendra Komisija gali padaryti išimtis ir kitos rūšies vežiojimams.

### 10 straipsnis

- (1) Leidimus Lietuvos Respublikos vežėjams išduoda Vokietijos Federacinės Respublikos Susisiekimo ministerija, o Lietuvos Respublikos Susisiekimo ministerija arba jos įgaliota įstaiga juos išdalina.
- (2) Vokietijos Federacinės Respublikos vežėjams skirtus leidimus išduoda Lietuvos Respublikos Susisiekimo ministerija, o Vokietijos Federacinės Respublikos Susisiekimo ministerija ar kita jos įgaliota įstaiga juos išdalina.

### 11 straipsnis

- (1) Pagal 14 straipsnį sudaryta Bendra Komisija, atsižvelgdama į užsienio prekybos ir tranzitinių vežiojimų apimtį, susitaria savitarpio pagrindu, dėl kasmet kiekvienai Susitariančiai Šaliai reikalingų leidimų skaičiaus skyrimo.
- (2) Sutartas leidimų kiekis, prirėikęs, pagal 14 straipsnį, gali būti pakeistas.
- (3) Dėl leidimų turinio ir formos, susitaria pagal 14 straipsnį sudaryta Bendra Komisija.

### Bendrosios taisyklės

#### 12 straipsnis

Kai transporto priemonių ar krovinio svoris ar gabaritai viršija kitos Susitariančios Šalies teritorijoje nustatytas normas, būtina turėti specialų tos Susitariančios Šalies kompetentingos įstaigos leidimą.

#### 13 straipsnis

- (1) Vežėjas privalo laikytis kitos Susitariančios Šalies teritorijoje galiojančių įstatymų bei kitų teisės aktų, reguliuojančių kelių transporto eismą ir reikalavimus transporto priemonėms, taip pat toje Susitariančioje Šalyje galiojančių muitinės, įvažiavimo ir buvimo šalyje taisyklių bei nurodymų.
- (2) Vežėjui ir jo transporto priemonės ekipažui šiurkščiai arba pakartotinai pažeidus kitos Susitariančios Šalies teritorijoje galiojančius įstatymus ar šios Sutarties nuostatas, Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje įvykdytas pažeidimas, kompetentinga įstaiga gali kreiptis į kitos Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje įregistruota transporto priemonė, kompetentingą įstaigą reikalaujama imtis vienos iš šių nuobaudų:
  - a) reikalauti iš atsakingo vežėjo laikytis galiojančių taisyklių (įspėjimas);
  - b) laikinai uždrausti vykdyti vežiojimus pagal šią Sutartį;

c) neišduoti leidimo vežėjui arba atimti tik išduotą leidimą laikotarpiui, kuriam kitos Susitariančios Šalies kompetentinga įstaiga atėmė leidimą vežiojimams.

(3) Nuobaudas, numatytas šio straipsnio "b" punkte gali tiesiogiai taikyti tos Susitariančios Šalies, kurios teritorijoje įvyko pažeidimas, kompetentinga įstaiga.

(4) Abiejų Susitariančių Šalių kompetentingos įstaigos pagal 15 straipsnį informuoja viena kitą apie tai, kokių priemonių buvo imtasi.

#### 14 straipsnis

Susitariančių Šalių atstovai sudarys Bendrą Komisiją: ji vienos iš Susitariančių Šalių prašymu susirenka, kad užtikrintų tinkamą šios Sutarties vykdymą. Jei reikia, Bendra Komisija, dalyvaujant kitoms kompetentingoms tarnyboms, rengia pasiūlymus dėl šios Sutarties derinimo su vežiojimų raida, taip pat su įstatymų pasikeitimais.

#### 15 straipsnis

Šios Sutarties pagrindu, pagal valstybės vidaus teisę, perduodant duomenis apie asmenis, galioja šios nuostatos, atsižvelgiant į kiekvienoje Susitariančioje Šalyje galiojančius įstatymus:

1. Gavėjas naudoja duomenis tik nurodytu tikslu, ir tik vadovaudamasis siunčiančios įstaigos nurodymais.
2. Gavėjas informuoja siunčiančią įstaigą jos prašymu apie perduotų duomenų panaudojimą ir apie pasiektus rezultatus.
3. Duomenis apie asmenis galima pateikti tik kompetentingoms įstaigoms. Kiti perdavimai į kitas įstaigas galimi tik iš anksto pritarus perdavimo įstaigai.
4. Duomenis perdavusi įstaiga yra įpareigota stebėti, kad tie duomenys būtų teisingi ir naudojami pagal paskirtį bei spręsti apie duomenų perdavimo tikslingumą, atsižvelgiant į su perdavimu susijusias priežastis. Taip pat turi būti laikomasi galiojančių vidaus taisyklių dėl perdavimo draudimo. Išaiškėjus, kad duomenys yra neteisingi arba jei tų duomenų negalima buvo perduoti, bet jie vis tik buvo perduoti, tuomet apie tai nedelsiant turi būti pranešama gavėjui, kuris yra įpareigotas atlikti duomenų pataisymus arba juos sunaikinti.
5. Suinteresuotam asmeniui, jei jis pageidauja, turi būti suteikta informacija apie turimus jo asmens duomenis, taip pat apie numatomus tų duomenų panaudojimo tikslus. Įpareigojimo suteikti informaciją nėra, jei apsvarsčius paaiškėja, kad valstybės interesas tos informacijos neteikti yra svarbesnis už suinteresuotojo interesus. Visais kitais atvejais dėl suinteresuotojo teisės į informacijos suteikimą,

vadovaujamosi Susitariančios Šalies, kuri gavo prašymą dėl informacijos suteikimo, vidaus įstatymais.

6. Jei siunčiančiai įstaigai galiojantys įstatymai numato specialius perduodamų duomenų sunaikinimo terminus, siunčianti įstaiga išpėja apie tai gavėją. Nepriklausomai nuo tų terminų duomenys apie asmenis yra sunaikinami, kai tik jų daugiau nebereikia tam tikslui, dėl kurio jie buvo perduoti.

7. Siunčiant ir gaunant įstaigos yra įpareigos registruoti duomenų apie asmenį perdavimą ir gavimą, patikimai saugoti juos nuo pašalinių asmenų, pašaliniams draudžiama daryti pakeitimus, taip pat šiuos duomenis skelbti be leidimo.

### 16 straipsnis

Susitariančios Šalys skatins vežiojimus pagal 1 straipsnį, naudojant netriukšmingas ir mažiau kenksmingas transporto priemones, o taip pat transporto priemones su modernia įranga techniniam saugumui. Atskiras detales suderina Bendra Komisija, sudaryta pagal 14 straipsnį.

### 17 straipsnis

Susitariančios Šalys informuoja viena kitą apie kompetentingas įstaigas pagal šios Sutarties 3, 4, 5, 10, 12, 13 ir 15 straipsnius.

### 18 straipsnis

Ši Sutartis nelicčia Susitariančios Šalies įsipareigojimų kitiems tarptautiniams susitarimams, tarp jų - Vokietijos Federacinės Respublikos įsipareigojimams Europos Sąjungoje.

### 19 straipsnis

(1) Ši Sutartis įsigalios po mėnesio nuo jos pasirašymo dienos.

(2) Ši Sutartis pasirašoma neribotam laikotarpiui. Kiekviena Susitarianči Šalis gali ją nutraukti raštu. Tuo atveju, Sutartis nustoja galioti praėjus 6 mėnesiams po to, kai kita Susitariančioji Šalis gavo pranešimą apie Sutarties nutraukimą.


### 20 straipsnis

Įsigaliojus šiai Sutartčiai, nebetenka galios 1992 10 22 Susitarimas tarp Vokietijos Federacinės Respublikos Federalinio Susisiekimo ministro ir Lietuvos Respublikos Susisiekimo ministerijos dėl tarptautinių keleivių ir krovinių vežiojimų automobiliais.

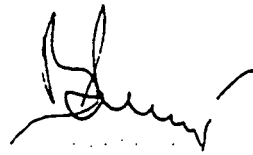


Pasirašyta 1995 m. birželio mėn. ....<sup>19</sup>.....d. dviem egzemplioriais vokiečių ir lietuvių kalbomis, abiem tekstams turint vienodą teisinę galią.

Vokietijos Federacinės Respublikos  
Vyriausybės vardu:

  
Henning Oederberg  
Ministerpräsident

Lietuvos Respublikos  
Vyriausybės vardu:



## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE  
REPUBLIC OF LITHUANIA CONCERNING TRANSFRONTIER  
TRANSPORT OF PERSONS AND GOODS BY ROAD

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Lithuania,

Desiring to regulate and encourage the transfrontier transport of passengers and goods by road,

Have agreed as follows:

*Article 1*

This Agreement regulates, within the bounds of the applicable national laws, the carriage of passengers and goods in transfrontier road transport between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania, and in transit through those States, by carriers who are entitled to perform such carriage in the territory of their own State. Transfrontier carriage operations shall pass through the frontier crossing points stipulated by the Contracting Party concerned.

## PASSENGER TRANSPORT

*Article 2*

(1) For the purposes of this Agreement, passenger transport shall be the carriage of passengers and their luggage by motor coaches for own or third-party account, and by passenger vehicles for third-party account (such as taxis and hired cars), and shall also cover journeys made unladen in connection with such transport services.

(2) Motor coaches shall be those motor vehicles which, by their design and equipment, are suitable and intended to carry more than nine persons (including the driver). Passenger vehicles shall be those motor vehicles which, by their design and equipment, are suitable and intended to carry not more than nine persons (including the driver).

*Article 3*

(1) Regular line transport is the regular carriage of passengers along a specified route in accordance with timetables, fares and conditions laid down and published in advance, in which passengers can board and alight at stopping places stipulated in advance, and shall also cover transport operations that are performed like regular line transport.

(2) Provided that the characteristics of regular line transport in accordance with paragraph 1 are present, the regular carriage of certain categories of persons to the exclusion of other passengers shall also be considered as regular line transport

<sup>1</sup> Came into force on 19 July 1995, i.e., one month after signature, in accordance with article 19.

for the purposes of this Agreement, regardless of who determines the details of the journeys. Such carriage, in particular the carriage of workers to their place of work and back home, shall be designated as “special forms of regular line transport”.

(3) Regular line transport operations which involve bilateral or transit transport shall require the authorization of the competent authorities of the two Contracting Parties. The authorization shall be granted by mutual agreement in accordance with the applicable law of the Contracting Party concerned, and may be granted for up to five years.

(4) Changes in the route, the stopping points, the timetables, the fares and the conditions shall require the prior authorization of the competent authorities of both Contracting Parties, as shall a suspension of operations.

(5) Applications to establish a regular line transport operation and applications in accordance with paragraph 4 shall be submitted to the competent authority of the Contracting Party in whose territory the carrier has his business headquarters. The applications shall be transmitted together with an opinion of that Contracting Party directly to the other Contracting Party.

(6) The applications described in paragraphs 4 and 5 must contain the following information in particular:

1. Family name and first name, or company name, and complete address of the carrier making the application;
2. Type of transport;
3. Duration of authorization applied for;
4. Operating period and number of journeys (e.g., daily, weekly);
5. Timetable;
6. Precise details of the route (stopping places for picking up and setting down passengers/other stopping points/border-crossing points);
7. Length of the route in kilometres: outward journey/return;
8. Distance to be driven in one day;
9. Driving and rest times of the drivers;
10. Number of seats in the motor coaches to be used;
11. Fares and conditions of carriage (rates).

#### *Article 4*

(1) Shuttle transport is the transport service in which groups of passengers formed in advance are carried in several outward and return journeys from the same departure area to the same destination area. These groups, consisting of passengers who have already completed the outward journey, are brought back to their point of departure in a later journey. The departure area and destination area shall be considered to be the location where the journey starts and the location where it ends, as well as locations within a radius of 50 km thereof. In addition to the carriage, the accommodation of the group, including or excluding meals, must be included at the destination and, where appropriate, during the journey. The first return journey and the last outward journey in the series of shuttle journeys must be performed with the coach unladen.

(2) The classification of a transport operation as shuttle transport shall be unaffected by the fact that with the approval of the competent authorities of the Contracting Party concerned or of both Contracting Parties, notwithstanding paragraph 1, passengers may make the return journey with a different group.

(3) Shuttle transport operations require the authorization on an individual basis of the competent authority of the other Contracting Party. The application for issue of an authorization permit shall be addressed directly to the competent authority of the other Contracting Party, and must be made 60 days before transport begins.

(4) Applications for authorization of a shuttle transport operation as described in paragraph 3 must contain not only the information described in article 3, paragraph 6, but also the dates of the tour, the number of journeys and information on the location and hotels or other facilities in which the passengers will be accommodated during their stay, and also on the duration of the stay.

(5) Basic rules on the authorization procedure for shuttle transport operations, model authorization permits and the identity of the competent authorities shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

(6) In cases of shuttle transport operations as described in paragraph 1, the carriers shall bring with them a list of passengers, which shall be stamped by the border authorities of the other Contracting Party at the time of entry into the territory of that Party.

#### *Article 5*

(1) Occasional transport is that transport which is not regular line transport as described in article 3, paragraph 1, nor shuttle transport as described in article 4.

(2) Occasional transport operations involving bilateral or transit transport do not require authorization if they concern:

(a) Journeys performed with one and the same vehicle which carries the same group of passengers over the whole distance of the journey and takes them back to their place of departure (closed-door circular tours), or

(b) Trips in which passengers are taken on for the outward journey and the return trip is made unladen (return trip unladen), or

(c) Unladen trips to pick up a group of passengers which had previously been carried by the same carrier in the manner described in subparagraph (b), and to bring the group back to the place of departure.

(3) In occasional transport operations, passengers may neither be taken on nor set down en route, unless the competent authority of the Contracting Party concerned has authorized this.

(4) Occasional transport operations which do not fulfil the provisions of paragraph 2 require in every case the authorization of the competent authority of the other Contracting Party. The application for issue of an authorization must be sent via the competent authority of the Contracting Party in which the carrier has his headquarters to the competent authority of the other Contracting Party, and must be made at least four weeks before transport begins.

(5) The applications referred to in paragraph 4 must in particular contain the following information:

1. Family name and first name, or company name, and complete address of the carrier and, where appropriate, of the tour operator who has placed the order for carriage;

2. State in which the group of passengers is formed;

3. Place of departure and destination of the journey;

4. Section to be travelled with border-crossing points;

5. Dates of the outward and return journeys;

6. Working and resting periods of the drivers;

7. Registration numbers and number of seats in the motor coaches to be used.

(6) Control documents for occasional transport operations exempt from authorization shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

#### *Article 6*

(1) Authorization permits issued in accordance with article 3, paragraph 3, article 4, paragraph 3 and article 5, paragraphs 3 and 4 may be used only by the carrier to whom they were issued. They may not be transferred to another carrier nor, in the case of occasional transport, be used for vehicles other than those stated in the permit. In regular line transport operations, however, the carrier to whom the permit has been issued may make use of contract carriers. It is not necessary for the latter to be named in the permit, but they must carry with them an official copy of the permit and the contract concluded between the carriers, or a certified copy of the contract.

(2) The permits, control documents and other transport documents required under this Agreement are to be carried in the vehicle on all journeys covered by this Agreement, and are to be presented upon request to representatives of the competent control authorities. The control documents shall be filled in completely before the journey begins.

### GOODS TRANSPORT

#### *Article 7*

For the carriage of commercial goods by road from the territory of the Contracting Party in which the vehicle used is registered into the territory of the other Contracting Party, and vice versa, and for transit carriage through the territory of the other Contracting Party, the carrier shall require an authorization from the competent authority of that Contracting Party for each carriage operation.

#### *Article 8*

(1) The authorization permit shall be issued to the carrier. It shall be valid only for that carrier, and is not transferable.

(2) A permit is required for every lorry and for every tractor unit, and shall also cover the trailer or semi-trailer being towed, regardless of where the latter is registered.

(3) A permit shall be valid either for any number of journeys within the time specified in it (time permit) or for one or more outward and return journeys within the period of time stated in it (journey permit).

(4) Carriage between the territory of the other Contracting Party and a third State in either direction shall be permitted only if the territory of the Contracting Party in which the vehicle is registered is transited on the customary route. Exceptions may be agreed, following examination of the need, within the Joint Committee established in accordance with article 14.

(5) The carriage of goods between two locations in the territory of the other Contracting Party shall not be permitted.

(6) Consignment documents are required for carriage under this Agreement, and the form of such documents shall be in accordance with the internationally customary pattern.

#### *Article 9*

(1) No permit shall be required for:

1. Carriage of objects or material exclusively for publicity or educational purposes, e.g. goods intended for fairs or exhibitions;

2. Carriage of equipment and accessories to or from theatrical, musical, film or sporting events or circuses, or to or from the making of radio or television broadcasts or films;

3. Return of damaged vehicles;

4. Transport of corpses;

5. Carriage of goods using vehicles of a permitted total weight, including the total weight of the trailers, not exceeding 6 t, or whose permissible payload, including the payload of the trailers, does not exceed 3.5 t;

6. Carriage of medicines, medical equipment and devices and other goods intended to provide aid in emergencies, in particular in the event of natural disasters.

(2) An authorization in accordance with article 7 shall not be required for works transport. In such cases, documents shall be carried demonstrating that the carriage operation is works transport.

(3) The Joint Committee established in accordance with article 14 may exempt other carriage operations from the requirement to have a permit.

#### *Article 10*

(1) The permits required for carriers from the Republic of Lithuania shall be issued by the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany and delivered by the Ministry of Transport of the Republic of Lithuania or by the authorities instructed by it to do so.

(2) The permits required for carriers from the Federal Republic of Germany shall be issued by the Ministry of Transport of the Republic of Lithuania and delivered by the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany or by the authorities instructed by it to do so.

*Article 11*

- (1) The Joint Committee established in accordance with article 14 shall determine by agreement and on the basis of reciprocity the requisite number of permits to be made available to each Contracting Party every year, taking into account the scale of external trade and of transit carriage.
- (2) The agreed number of permits may if necessary be altered in accordance with the provisions of article 14.
- (3) The content and form of the permits shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

## GENERAL PROVISIONS

*Article 12*

If the weight or dimensions of a vehicle from one Contracting Party, or of its load, exceed the limits permitted in the territory of the other Contracting Party, a special authorization from the competent authority of that Contracting Party shall be required.

*Article 13*

- (1) Carriers shall, when in the territory of the other Contracting Party, comply with the valid provisions of the traffic and vehicle law of that other Party, and also with the provisions applicable to Customs, entry and stay in the territory.
- (2) In the event of severe or repeated infringement of the laws in force in the territory of the other Contracting Party or of the provisions of the present Agreement by a carrier or his personnel, the competent authorities of the Contracting Party in whose territory the motor vehicle is registered shall, at the request of the competent authority of the Contracting Party in whose territory the infringement occurred, take one of the following measures:
  - (a) Issue of an instruction to the responsible carrier to observe the regulations in force (warning);
  - (b) Temporary exclusion from transport operations as defined under this Agreement;
  - (c) Suspension of the issue of permits to the responsible carrier or withdrawal of a permit already issued for the period of time for which the competent authority of the other Contracting Party has excluded the carrier from transport operations.
- (3) The measure in subparagraph (b) may also be taken directly by the competent authority of the Contracting Party in whose territory the infringement was committed.
- (4) The competent authorities of the Contracting Parties shall inform one another, in accordance with the provisions of article 15, of the measures taken.

*Article 14*

Representatives of the Contracting Parties shall establish a Joint Committee which shall meet at the request of one of the Contracting Parties in order to ensure the orderly implementation of this Agreement. If required, the Joint Committee shall prepare, with the participation of other competent bodies, proposals for adapting this Agreement to the developments in traffic and to changes in legislation.

### Article 15

Where on the basis of this Agreement personal data are transmitted in accordance with national law, the following provisions shall apply, with the legal provisions applicable to either Contracting Party being observed:

(1) Use of the data by the recipient shall be permitted only for the purpose stated and only under the conditions prescribed by the transmitting authority.

(2) The recipient shall inform the transmitting authority upon request of the use made of the transmitted data and of the results achieved thereby.

(3) Personal data may be transmitted only to the competent authorities. Any onward transmission to other bodies may be undertaken only with the prior consent of the transmitting authority.

(4) The transmitting body shall be obliged to ensure that the data to be transmitted are accurate and that the transmission is necessary and proportionate to the purpose which it is intended to achieve. In this context, any prohibitions on such transmissions applicable under relevant national law shall be observed. If it becomes evident that incorrect data or data which should not have been transmitted have been transmitted, this fact shall be communicated to the recipient without delay, and the latter shall be obliged to correct or destroy the data.

(5) The information which is transmitted about a person and its intended use must be disclosed to that person upon request. The obligation to disclose information shall become void if on balance it is considered that the public interest in not disclosing the information outweighs the interest of the person concerned in receiving it. Additionally, the right of the individual concerned to disclosure of information shall be governed by the national law of the Contracting Party in whose territory the disclosure is requested.

(6) If the law applicable to the transmitting body lays down specific time limits for deletion of the personal data transmitted, the transmitting body shall draw the attention of the recipient thereto. Regardless of such dates, personal data which have been transmitted shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were transmitted.

(7) The transmitting and the receiving authority shall be obliged to keep records of the transmission and receipt of personal data and to protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized release.

### Article 16

The Contracting Parties agree to promote the use of low-noise and low-pollution vehicles, and of vehicles fitted with modern safety equipment, for carriage operations as defined in article 1. The details shall be agreed within the Joint Committee established in accordance with article 14.

### Article 17

The Contracting Parties shall inform one another of the identity of the competent authorities referred to in articles 3, 4, 5, 10, 12, 13 and 15 of this Agreement.



*Article 18*

The obligations of the Contracting Parties arising from other international agreements, including the obligations of the Federal Republic of Germany arising from its membership of the European Union, shall be unaffected by this Agreement.

*Article 19*

- (1) This Agreement shall enter into force one month after its signature.
- (2) This Agreement is concluded for an indefinite duration. It may be denounced in writing by either of the Contracting Parties. In such case, the Agreement shall cease to have effect six months after receipt of the denunciation by the other Contracting Party.

*Article 20*

With the entry into force of the present Agreement, the Agreement of 22 October 1992<sup>1</sup> between the Federal Ministry of Transport of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Transport of the Republic of Lithuania concerning transfrontier transport of passengers and goods by road shall cease to have effect.

DONE at Kiel on 19 June 1995 in duplicate in the German and the Lithuanian languages, both texts being equally binding.

For the Government  
of the Federal Republic of Germany:

HENNING DODENBERG

MANFRED CARSTENS

For the Government  
of the Republic of Lithuania:

JONAS BIRZISKIS

---

<sup>1</sup> See p. 135 of this volume.

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE  
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE  
LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE RELATIF AU TRANSPORT  
TRANSFRONTALIER DE PERSONNES ET DE MARCHAN-  
DISES PAR ROUTE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lituanie,

Désireux de régler et de favoriser le transport transfrontalier de passagers et de marchandises par route,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier*

Sous réserve des dispositions du droit interne de chacune des Parties contractantes, le présent Accord règle le transport transfrontalier, par la route, des passagers et des marchandises entre le territoire de la République fédérale d'Allemagne et celui de la République de Lituanie ainsi que leur transport en transit par le territoire de ces deux pays, par des entreprises qui sont autorisées à effectuer un tel transport sur le territoire de leur pays. Ce transport transfrontalier a lieu aux points de passage de la frontière définis par chacune des Parties contractantes.

TRANSPORT DES PASSAGERS

*Article 2*

1) Au sens du présent Accord, on entend par transport des passagers l'acheminement des personnes et de leurs bagages par des autocars exploités en compte propre ou pour le compte de tiers ainsi que par des voitures automobiles exploitées pour le compte de tiers (par exemple, taxis ou voitures de location). La présente définition s'applique aussi aux trajets à vide liés à ces services de transports.

2) Par autocars, on entend des véhicules automobiles qui, en raison de leur construction et de leur aménagement, conviennent et sont destinés à l'acheminement de plus de neuf personnes (y compris le conducteur). Par voitures automobiles, on entend des véhicules automobiles qui, en raison de leur construction et de leur aménagement, conviennent et sont destinés au transport de neuf personnes au plus (y compris le conducteur).

*Article 3*

1) Par transport de ligne, on entend l'acheminement régulier de passagers selon des modalités prévoyant des liaisons particulières conformément à des horaires, un barème et des conditions définis d'avance et publiés, permettant aux passagers de monter dans les moyens de transport et d'en descendre à des arrêts prédéterminés. Ces caractéristiques s'appliquent aussi aux transports qui sont exploités comme des transports de ligne.

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 19 juillet 1995, soit un mois après la signature, conformément à l'article 19.

2) Quelle que soit la personne qui détermine le déroulement du trajet, on entend également par transport de ligne, au sens du présent Accord, l'acheminement régulier de catégories particulières de personnes à l'exclusion d'autres passagers, à condition qu'il présente les caractéristiques d'un transport de ligne définies au paragraphe 1 du présent article. Cet acheminement, en particulier celui des salariés jusqu'à leur lieu de travail et, de là, au lieu de leur domicile, est appelé « forme particulière de transport de ligne ».

3) Les transports de ligne en cabotage ou en transit sont subordonnés à l'autorisation des autorités compétentes des deux Parties contractantes. Ces autorisations seront accordées d'un commun accord, conformément à la législation en vigueur de la Partie contractante intéressée et pourront l'être pour une durée pouvant atteindre cinq ans.

4) Toute modification apportée au déroulement du transport, aux arrêts, aux horaires, aux barèmes et aux autres conditions est subordonnée à l'approbation préalable des autorités compétentes des deux Parties contractantes. Il en est de même en cas de cessation de l'exploitation des transports.

5) Les demandes d'établissement de transports de ligne, de même que les demandes visées au paragraphe 4 du présent article doivent être faites aux autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'entreprise a son siège d'exploitation. Ces demandes, accompagnées des observations de cette Partie contractante, sont immédiatement transmises à l'autre Partie.

6) Les demandes visées aux paragraphes 4 et 5 du présent Accord doivent contenir les renseignements suivants :

1. Nom et prénom ou raison sociale et adresse complète de l'entreprise qui fait la demande;
2. Type de transport;
3. Durée de l'autorisation demandée;
4. Période d'exploitation et nombre de trajets (par exemple, trajets quotidiens, hebdomadaires);
5. Horaire;
6. Description précise de l'exploitation de la ligne (arrêts auxquels les passagers peuvent monter et descendre, autres arrêts, arrêts aux passages frontaliers);
7. Longueur de la ligne en kilomètres à l'aller et au retour;
8. Longueur de la distance journalière;
9. Périodes pendant lesquelles le chauffeur conduit et périodes de repos;
10. Nombre maximal de places assises dans les autocars;
11. Barèmes et conditions des transports (tarifs).

#### *Article 4*

1) Par transports pendulaires, on entend les services d'acheminement de groupes préconstitués de passagers depuis le même point de départ jusqu'au même point d'arrivée au moyen d'aller et retour multiples. Ces groupes, qui sont constitués de passagers qui ont effectué l'aller, sont reconduits au point de départ à l'issue de retours ultérieurs. Par point de départ et point d'arrivée on entend respectivement le lieu où le voyage a commencé et celui où il s'est terminé ainsi que les lieux situés

dans un rayon de 50 km. En plus du transport, l'hébergement des groupes de voyageurs, avec ou sans repas au lieu de destination et, le cas échéant, pendant le voyage, doit être inclus. Le premier trajet de retour et le dernier trajet d'aller doivent être des trajets à vide.

2) La qualité de transport pendulaire n'est pas modifiée si, avec l'autorisation des autorités compétentes de la Partie contractante intéressée, ou des deux Parties contractantes si elles sont toutes deux intéressées, les voyageurs effectuent le trajet de retour avec un autre groupe que celui qui est prévu au paragraphe 1 du présent article.

3) Tout transport pendulaire nécessite l'autorisation des autorités compétentes de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être faite directement aux autorités compétentes de cette autre Partie. Elle doit être présentée 60 jours avant le début du transport.

4) Les demandes d'autorisation de transport pendulaire visées au paragraphe 3 du présent article doivent, en plus des renseignements visés au paragraphe 6 de l'article 3, indiquer aussi les dates de voyage et le nombre des trajets, donner des renseignements sur les lieux et les hôtels ainsi que les autres installations où les passagers seront hébergés pendant leur séjour et préciser la durée de celui-ci.

5) Les règles d'autorisation des voyages pendulaires, les formules de demande d'autorisation et les autorités compétentes seront définies d'un commun accord par les deux Parties contractantes dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14.

6) Les entreprises qui organisent des voyages pendulaires au sens du paragraphe 1 du présent article établissent une liste des passagers qui, à l'entrée sur le territoire de l'autre Partie contractante, est visée par les services de douane de celle-ci.

#### *Article 5.*

1) Par transports occasionnels, on entend les transports qui ne sont ni des transports de ligne au sens du paragraphe 1 de l'article 3 ni des transports pendulaires au sens de l'article 4 du présent Accord.

2) Les transports occasionnels, qu'ils soient de cabotage ou en transit, ne nécessitent pas d'autorisation lorsqu'il s'agit :

*a)* Soit de trajets effectués au moyen de véhicules automobiles qui transportent le même groupe de passagers sur tout le trajet et le ramènent au point de départ (voyage circulaire portes fermées);

*b)* Soit de transports au cours desquels les passagers montent dans le véhicule pour le trajet aller et le trajet retour se fait à vide;

*c)* Soit de trajets à vide effectués par des véhicules qui vont reprendre un groupe de passagers acheminés dans l'autre sens par des véhicules de la même entreprise conformément aux dispositions de l'alinéa *b* du présent paragraphe afin de les ramener au point de départ.

3) Aucun passager ne peut monter à bord du véhicule ni en descendre au cours des transports occasionnels, sauf autorisation spéciale des autorités compétentes de la Partie contractante intéressée.

4) Les transports occasionnels qui ne remplissent pas les conditions énoncées au paragraphe 2 du présent article doivent être dans tous les cas autorisés par les autorités compétentes de l'autre Partie contractante. La demande d'autorisation doit être présentée par l'intermédiaire des autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'entreprise de transport a son siège aux autorités compétentes de l'autre Partie, au moins quatre semaines avant le début du transport occasionnel.

5) Les demandes visées au paragraphe 4 du présent article doivent contenir les renseignements suivants :

1. Nom et prénom ou raison sociale et adresse complète de l'entreprise et, le cas échéant, de l'organisateur du voyage qui a commandé le transport;
2. Etat sur le territoire duquel le groupe de passagers est constitué;
3. Lieu de départ et lieu de destination du trajet;
4. Itinéraire avec les points de passage de la frontière;
5. Dates de l'aller et du retour;
6. Périodes pendant lesquelles le chauffeur conduit et périodes de repos;
7. Numéro d'immatriculation et nombre de places assises des véhicules automobiles qui serviront au transport.

6) La nature des documents pour les transports occasionnels ne nécessitant pas d'autorisation sera définie dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

#### *Article 6*

1) Les autorisations accordées conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 3, du paragraphe 3 de l'article 4 et des paragraphes 3 et 4 de l'article 5 du présent Accord ne sont valables que pour l'entreprise qui les a reçues. Elles ne peuvent ni être transmises à une autre entreprise ni, dans le cas d'un transport occasionnel, être utilisées pour d'autres véhicules que ceux qui y sont indiqués. Lorsqu'il s'agit d'un transport de ligne, toutefois, l'entreprise qui reçoit l'autorisation peut faire appel à des sociétés de sous-traitance dont il n'est pas nécessaire d'indiquer le nom sur les demandes d'autorisation. Les moyens de transport que ces dernières emploient doivent cependant transporter une copie certifiée conforme de cette autorisation ainsi que le contrat conclu entre l'entreprise et la société de sous-traitance, ou une copie certifiée conforme de ce contrat.

2) Les autorisations, documents de vérification ou autres pièces relatives aux transports prévus par le présent Accord doivent se trouver dans le véhicule pendant tous les trajets auxquels s'applique le présent Accord et être présentés sur demande aux agents des services de contrôle compétents. Les documents nécessaires aux contrôles doivent être dûment remplis avant le début du voyage.

### TRANSPORT DE MARCHANDISES

#### *Article 7*

Pour effectuer tout transport depuis le territoire de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le véhicule utilisé est immatriculé à destination du territoire de l'autre Partie et inversement, ainsi que tout transport en transit par le territoire de

cette autre Partie, les entreprises de transport de marchandises doivent obtenir l'autorisation des autorités compétentes de ladite autre Partie pour chaque transport.

#### *Article 8*

1) L'autorisation est délivrée à l'entreprise de transport. Elle est nominale et non transférable.

2) Une autorisation est nécessaire pour chaque véhicule automobile de transport de marchandises et chaque remorqueur. L'autorisation est valable en même temps pour la remorque ou la semi-remorque qui l'accompagne, quel que soit le lieu de leur immatriculation.

3) Les autorisations sont valables pour un nombre illimité de trajets pendant la période pour laquelle elles ont été accordées (autorisation accordée pour une période définie) ou pour un ou plusieurs aller et retour au cours de la période indiquée (autorisation accordée pour un nombre de trajets définis).

4) Les transports en provenance du territoire de l'autre Partie contractante à destination d'un pays tiers et inversement ne sont autorisés que si le territoire de la Partie contractante où le véhicule est immatriculé est traversé de ce fait le long d'un itinéraire de transport normal. La Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord pourra convenir d'exceptions si elle le juge nécessaire après examen.

5) Les transports de marchandises entre deux points situés sur le territoire de l'autre Partie contractante ne sont pas autorisés.

6) Les transports visés par le présent Accord nécessitent des documents de transport de fret sur le modèle international usuel.

#### *Article 9*

1) Aucune autorisation n'est nécessaire pour le transport des articles ou objets ci-après :

1. Articles ou matériaux destinés exclusivement à la publicité ou à l'enseignement (par exemple, articles pour les foires ou les expositions);

2. Objets ou accessoires destinés à des manifestations théâtrales, musicales, cinématographiques ou sportives ou des représentations de cirque ou provenant de telles manifestations ou représentations ou destinés à des enregistrements télévisés, radiodiffusés ou cinématographiques ou provenant de tels enregistrements;

3. Véhicules endommagés (rapatriements);

4. Corps;

5. Marchandises avec véhicules automobiles dont la charge totale admise, y compris le poids total de la remorque, ne dépasse pas 6 tonnes ou dont la charge utile admise, y compris celle de la remorque, ne dépasse pas 3,5 tonnes;

6. Médicaments, appareils et équipements médicaux ainsi que d'autres biens destinés à des secours d'urgence (en particulier en cas de catastrophe naturelle).

2) Aucune autorisation au sens de l'article 7 du présent Accord n'est nécessaire pour les transports de fabrique. Ils doivent être accompagnés de documents attestant leur nature.

3) La Commission mixte constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord pourra convenir de dispenser d'autres types de transport de cette autorisation.

#### *Article 10*

1) Les autorisations que les entreprises de la République de Lituanie doivent obtenir seront accordées par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et remises par le Ministère des transports de la République de Lituanie ou par les services chargés par lui de le faire.

2) Les autorisations que les entreprises de la République fédérale d'Allemagne doivent obtenir seront accordées par le Ministère des transports de la République de Lituanie et remises par le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne ou par les services chargés par lui de le faire.

#### *Article 11*

1) Le nombre nécessaire d'autorisations que chaque Partie contractante peut accorder chaque année sera arrêté par la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord, sur une base de réciprocité et compte tenu du volume du commerce extérieur et des voyages en transit.

2) Le nombre d'autorisations qui sera ainsi défini pourra être modifié si besoin est conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

3) La teneur et la forme des autorisations seront définies dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

### DISPOSITIONS GÉNÉRALES

#### *Article 12*

Les véhicules ou les chargements dont le poids ou le volume excède les limites admises sur le territoire de l'autre Partie contractante nécessitent une autorisation spéciale des autorités compétentes de cette autre Partie.

#### *Article 13*

1) Les entrepreneurs sont tenus de respecter la législation en vigueur sur le territoire de l'autre Partie contractante et les autres dispositions relatives à la circulation routière et aux véhicules automobiles, ainsi que les dispositions concernant les douanes et l'entrée et le séjour sur le territoire de cette autre Partie.

2) Si un entrepreneur et ses chauffeurs enfreignent de manière grave ou répétée le droit applicable par l'autre Partie contractante et les dispositions du présent Accord, les autorités compétentes de la Partie sur le territoire de laquelle le véhicule est immatriculé prennent l'une des mesures ci-après à la demande des autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a eu lieu :

a) Elles enjoignent à l'entrepreneur responsable de respecter les règlements applicables (avertissement);

b) Elles interdisent provisoirement les transports visés par le présent Accord;

c) Elles suspendent la délivrance d'autorisations à l'entrepreneur responsable ou retirent les autorisations déjà accordées jusqu'à expiration de la période pendant laquelle les autorités compétentes de l'autre Partie contractante ont exclu l'entrepreneur de la participation aux transports.

3) Les mesures visées à l'alinéa *b* du paragraphe 2 du présent article peuvent aussi être prises directement par les autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise.

4) Les autorités compétentes des deux Parties contractantes s'informent des mesures prises en application des dispositions de l'article 15 du présent Accord.

#### *Article 14*

Les représentants des Parties contractantes constituent une Commission mixte qui se réunit à la demande de l'une ou l'autre Partie pour assurer la bonne application du présent Accord. Si besoin est, avec la participation d'autres services compétents, la Commission mixte formule des propositions pour adapter le présent Accord à l'évolution des transports ainsi qu'aux modifications des règlements.

#### *Article 15*

Conformément à la législation en vigueur des Parties contractantes, les dispositions ci-après s'appliquent aux renseignements personnels communiqués aux fins de l'application du présent Accord conformément au droit interne :

1) Les renseignements communiqués ne peuvent être utilisés par leur destinataire qu'aux fins auxquelles ils l'ont été et aux conditions imposées par les autorités qui les ont transmis.

2) Le destinataire informe les autorités qui ont transmis les renseignements, à leur demande, de l'utilisation qui en a été faite et des résultats qui ont été ainsi obtenus.

3) Les renseignements d'ordre personnel ne peuvent être communiqués qu'aux autorités compétentes qui, elles-mêmes, ne peuvent les transmettre qu'avec le consentement des autorités qui les ont fournis.

4) Les autorités qui communiquent les renseignements sont tenues de veiller à l'exactitude des renseignements à transmettre et de s'assurer que cette communication est effectivement nécessaire et que les renseignements correspondent à l'objet de la communication. Les interdictions de communication de ces renseignements prévues par le droit interne applicable doivent être respectées. Le destinataire doit être immédiatement averti s'il apparaît que les renseignements communiqués sont inexacts ou ne devaient pas être divulgués. Il est tenu de rectifier les renseignements ou de les détruire.

5) La personne intéressée doit être informée, sur sa demande, des renseignements, communiqués à son sujet et de l'objet de la communication, sauf s'il apparaît, après examen, que l'intérêt public à ne pas le faire est supérieur à l'intérêt de la personne concernée à en être informée. Pour le reste, le droit de l'intéressé à être informé est défini par le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les renseignements sont demandés.

6) Si le droit que les autorités qui communiquent les renseignements doivent appliquer au sujet des renseignements personnels à communiquer prévoit des délais particuliers à l'issue desquels ces renseignements doivent être détruits, les autorités



qui communiquent lesdits renseignements en informent le destinataire. Indépendamment de ces délais, les renseignements personnels communiqués doivent être détruits dès qu'ils ne sont plus nécessaires à l'objet de leur communication.

7) Les autorités qui communiquent des renseignements personnels et celles qui les reçoivent sont tenues d'enregistrer leur communication et leur réception et d'empêcher effectivement qu'ils puissent être connus ou modifiés par des personnes non autorisées ou portés à la connaissance de telles personnes.

#### *Article 16*

Aux fins des transports visés à l'article premier du présent article, les Parties contractantes conviennent de favoriser l'utilisation de véhicules produisant peu de bruit et d'émissions nocives ainsi que de véhicules équipés d'éléments de la sécurité automobile moderne. Les détails seront arrêtés dans le cadre de la Commission mixte qui sera constituée conformément aux dispositions de l'article 14 du présent Accord.

#### *Article 17*

Chaque Partie contractante désignera à l'autre les autorités compétentes au sens des articles 3, 4, 5, 10, 12, 13 et 15 du présent Accord.

#### *Article 18*

Le présent Accord ne modifie en rien les obligations qui incombent aux Parties contractantes en vertu d'autres conventions internationales, entre autres les obligations qui résultent pour la République fédérale d'Allemagne de son appartenance à l'Union européenne.

#### *Article 19*

- 1) Le présent Accord entrera en vigueur un mois à compter de sa signature.
- 2) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il pourra être dénoncé par chacune des Parties contractantes par notification écrite adressée à l'autre avec un préavis de six mois.

#### *Article 20*

L'Accord du 22 octobre 1992<sup>1</sup> entre le Ministère fédéral des transports de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère des transports de la République de Lituanie relatif au transport transfrontalier de personnes et de marchandises par route s'éteindra à la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

FAIT à Kiel, le 19 juin 1995, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et lituanienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement  
de la République fédérale d'Allemagne :

HENNING DODENBERG  
MANFRED CARSTENS

Pour le Gouvernement  
de la République de Lituanie :

JONAS BIRZISKIS

---

<sup>1</sup> Voir p. 135 du présent volume.

